Stand: 03.07.2025 21:23:13

Initiativen auf der Tagesordnung der 16. Sitzung des GP

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3686 vom 22.10.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4522 des GP vom 12.11.2024
3. Initiativdrucksache 19/3728 vom 23.10.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4523 des GP vom 12.11.2024
5. Initiativdrucksache 19/3448 vom 26.09.2024
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3999 des SO vom 12.11.2024
7. Initiativdrucksache 19/3462 vom 27.09.2024
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4000 des SO vom 12.11.2024

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.10.2024 **Drucksache 19/3686**

Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid AfD**

Verbesserung der ärztlichen Versorgung und Verminderung der Wartezeiten bei Kassenpatienten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Reduzierung der Wartezeiten für gesetzlich Versicherte auf Arzttermine zu ergreifen und dabei insbesondere auf die folgenden Punkte einzugehen:

1. Optimierung der Terminservicestellen, um die Vermittlung von Arztterminen effizienter zu gestalten und die Nutzung durch die Patienten zu fördern
2. systematische Erfassung und regelmäßige Veröffentlichung der Wartezeiten auf Arzttermine in Bayern, um Transparenz zu schaffen und gezielte Verbesserungen vornehmen zu können

Begründung:

Gesetzlich Versicherte müssen oft lange auf Arzttermine warten und die Abschaffung der Neupatientenregelung hat die Situation verschärft. Um eine gerechte und zeitnahe medizinische Versorgung für alle Bürger zu gewährleisten, sind gezielte Maßnahmen erforderlich.

Die beschleunigte Aufnahme neuer Patienten durch finanzielle Anreize trug in der Vergangenheit dazu bei, die Versorgungslage zu verbessern, und deren Wiedereinführung könnte erneut positive Effekte zeigen. Das derzeitige System der Terminservicestellen hat sich als unzureichend erwiesen und bedarf einer Optimierung sowie einer besseren Nutzung und Akzeptanz durch die Patienten.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung – gerade pflegebedürftige, schwerstkranke und nicht mobile Patienten – ist von der Praxis der ausschließlich stationären Termine stark betroffen. Die gezielte Vermittlung von Hausbesuchen ist daher eine wichtige Maßnahme zur Sicherstellung einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung.

Durch die systematische Erfassung und Veröffentlichung der Wartezeiten kann Transparenz geschaffen und es können gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Wartezeiten getroffen werden. Informationskampagnen sind notwendig, um die Bevölkerung über die bestehenden Angebote und deren Nutzung zu informieren und somit die gerechte Verteilung von Ressourcen sicherzustellen.

Insgesamt soll dieser Antrag darauf abzielen, die gesundheitliche Versorgung der bayerischen Bürger zu verbessern, die Effizienz des gesundheitlichen Versorgungsnetzes zu steigern und alle Bürger, unabhängig von ihrem Versicherungsstatus, zeitnah medizinisch versorgen zu können.[1] [2]

[1] Kassenpatienten warten immer länger auf Arzttermine - Gesundheit - SZ.de (sueddeutsche.de)

[2] Patientenschützer: Zu lange Wartezeiten für Kassenpatienten | BR24

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.11.2024 **Drucksache** 19/**4522**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. AfD
Drs. 19/**3686**

Verbesserung der ärztlichen Versorgung und Verminderung der Wartezeiten bei Kassenpatienten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Roland Magerl**
Mitberichterstatterin: **Dr. Andrea Behr**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 12. November 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 23.10.2024 **Drucksache 19/3728**

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Transparente Krankenhausplanung:
Bericht über Gutachten und Rahmenplanung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das jüngst von Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach in Auftrag gegebene Gutachten zur Krankenhausversorgungslage in Bayern sowie das für Frühjahr 2025 angekündigte zweite Gutachten zur Prognose der künftigen Patientenzahlen so bald wie möglich dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention vorzulegen sowie dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention zeitnah zu berichten,

1. ob es sich bei dem angekündigten Gutachten zur Krankenhausversorgungslage um die in der Pressekonferenz vom 22.10.2024 angekündigte bayernweite Datengrundlage zu den künftigen Leistungsangeboten der einzelnen Krankenhäuser handelt oder um zwei getrennte Datenerhebungen,
2. warum erst jetzt umfassend Daten erhoben werden und nicht schon zu Beginn des Reformprozesses auf Bundesebene, an dem die Länder von Anfang an beteiligt waren,
3. welche spezifischen Fragestellungen den Gutachten zugrunde liegen,
4. welche voraussichtlichen Kosten die Gutachten verursachen werden,
5. wie der geplante Zeitrahmen für die Erstellung und Vorlage der Gutachten aussieht,
6. inwiefern die Gutachten die Auswirkungsanalyse der Bundesreform auf Bayern ergänzen oder ersetzen sollen,
7. weshalb für die Erstellung eines Überblicks über die Versorgungslage und Patientenzahlen in Bayern externe Gutachten notwendig sind, obwohl dies zu den Kernaufgaben des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention gehört,
8. welche Abteilungen im Staatsministerium bisher für die Krankenhausplanung zuständig waren und welche Ergebnisse sie erzielt haben,
9. auf welcher Datengrundlage bisher Entscheidungen über die Investitionskostenförderung von Krankenhäusern getroffen wurden,
10. welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung in dem von Staatsministerin Judith Gerlach angekündigten Rahmenplan vorsieht, um ein unkontrolliertes Klinikstерben in Bayern zu verhindern und die Krankenhauslandschaft umzustrukturieren, einschließlich eines konkreten Zeitplans für dessen Umsetzung.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Nach Angaben der Bayerischen Krankenhausgesellschaft rechnen 80 Prozent der bayerischen Kliniken in diesem Jahr mit Verlusten. Dies könnte zu ungeplanten Schließungen führen und die medizinische Versorgung in Teilen Bayerns gefährden. Krankenhausplanung ist Ländersache und obliegt dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention. Dies betont auch Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, und fordert einen Krankenhausplan für Bayern: Man dürfe nicht abwarten, bis möglicherweise wichtige Kliniken schließen, sondern müsse die Umstrukturierung aktiv gestalten.[1] Auch aus den Reihen der FREIEN WÄHLER und des Koalitionspartners CSU kommt mittlerweile harsche Kritik an einer zu zögerlichen Krankenhausplanung. Staatsministerin Judith Gerlach hat nach eigenen Angaben ein Gutachten zur Versorgungssituation in Bayern in Auftrag gegeben und angekündigt, einen Rahmenplan vorzulegen. In ihrer jüngsten Pressekonferenz vom 22.10.2024 kündigte sie zudem die Bereitstellung einer bayernweiten Datengrundlage zu den künftigen Leistungsangeboten der einzelnen Krankenhäuser sowie ein weiteres externes Gutachten zur Prognose der künftigen Patientenzahlen an. Die geplante große Krankenhausreform des Bundes kommt auch wegen massiver Widerstände aus Bayern nicht voran. Dies führt zu großer Verunsicherung. Es ist daher dringend notwendig, dass das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention seiner Planungsaufgabe nachkommt und einen umfassenden, zukunftsorientierten Krankenhausplan für Bayern vorlegt.

[1] https://www.br.de/nachrichten/bayern/unkontrolliertes-kliniksterben-wer-es-verhindern-kann,UQiWtmO

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.11.2024 **Drucksache** 19/**4523**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Drs. 19/**3728**

Transparente Krankenhausplanung: Bericht über Gutachten und Rahmenplanung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, das jüngst von Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach in Auftrag gegebene Gutachten zur Krankenhausversorgungslage in Bayern sowie das für Frühjahr 2025 angekündigte zweite Gutachten zur Prognose der künftigen Patientenzahlen so bald wie möglich dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention vorzulegen sowie dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention zeitnah zu berichten."

Berichterstatterin: **Ruth Waldmann**
Mitberichterstatter: **Thorsten Freudenberger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 12. November 2024 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 26.09.2024 **Drucksache 19/3448**

Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Petra Högl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Carolina Trautner CSU**,

Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Unterstützung für Menschen mit Behinderung III: Schaffung von ausreichendem Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt ein Fachgespräch zur aktuellen Wohnraumsituation von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung durch, auch um aufgrund heute vorliegender Daten und Fakten herauszufinden, wie sich der Bedarf in den kommenden Jahren entwickeln wird. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Wohnraumsituation und den -bedarfen für erwachsene Menschen mit Behinderung gelegt werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Zuge dieser Erkenntnisse gemeinsam mit den Bezirken Lösungsmöglichkeiten im Rahmen jeweils vorhandener Stellen und Mittel zu entwickeln.

Begründung:

Die Einrichtungsförderung ist ein sozialpolitisches Ziel. An der Schaffung von Wohnraum für Menschen mit Behinderung besteht großes staatliches Interesse, da dies der Versorgungssicherheit von Menschen mit Behinderung und auch ihrer Angehörigen dient. Es besteht bereits heute dringender Bedarf an diesen Einrichtungen, oft bestehen lange Wartelisten zur Aufnahme von Menschen mit Behinderung in eine Einrichtung. Gerade im Hinblick auf erwachsene Menschen mit Behinderung, welche im Alter mangels familiärer Betreuungsmöglichkeiten auf Betreuungsplätze angewiesen sind, soll daher geprüft werden, wie sich der Wohnraumbedarf künftig entwickeln wird und wie einer potenziellen Wohnraumnot frühzeitig entgegengewirkt werden kann. Das Fachgespräch soll unter Beteiligung von Staatsregierung, den Bezirken, Leistungserbringern und Betroffenenvertretungen durchgeführt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.11.2024 **Drucksache** 19/**3999**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 19/**3448**

Unterstützung für Menschen mit Behinderung III: Schaffung von ausreichendem Wohnraum für Menschen mit Behinderung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt zusammen mit dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege eine gemeinsame Anhörung zur aktuellen Wohnraumsituation von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung durch, auch um aufgrund heute vorliegender Daten und Fakten herauszufinden, wie sich der Bedarf in den kommenden Jahren entwickeln wird. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Wohnraumsituation und den -bedarfen für erwachsene Menschen mit Behinderung gelegt werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Zuge dieser Erkenntnisse gemeinsam mit den Bezirken Lösungsmöglichkeiten im Rahmen jeweils vorhandener Stellen und Mittel zu entwickeln."

Berichterstatterin: **Martina Gießübel**
Mitberichterstatterin: **Doris Rauscher**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 17. Oktober 2024 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 12. November 2024 mitberaten und einstimmig Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses empfohlen mit der Maßgabe, dass die Wörter „Ausschuss für Gesundheit und Pflege" durch die Wörter „Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention" ersetzt werden.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 27.09.2024 **Drucksache 19/3462**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Wohn- und Beschäftigungssituation von Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt ein Fachgespräch mit Expertinnen und Experten zur Wohn- und Beschäftigungssituation von Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung durch.

Begründung:

Nach Art. 19 der UN-Behindertenrechtskonvention haben Menschen mit Behinderung das Recht zu entscheiden, wo und wie sie leben möchten – ebenso wie Menschen ohne Behinderung. Sie haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft.

Geeignete Wohnangebote für Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung, in denen neben ihrem Pflegebedarf auch ihr Bedarf an Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie am Arbeitsleben sichergestellt wird, stehen häufig nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung, weshalb der Auszug aus dem Elternhaus erschwert ist und die Betroffenen oft noch bis ins hohe Lebensalter bei ihren dann ebenfalls hochbetagten Eltern leben. Ein Teil der Betroffenen wohnt mangels adäquater Alternativen aufgrund ihres hohen Pflegebedarfs bereits in jungen Lebensjahren in Altenpflegeheimen. Andere Betroffene wiederum leben zunächst in einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe, müssen dann aber aufgrund zunehmenden Alters und steigendem Pflegebedarf die Wohnform verlassen und in ein Pflegeheim umziehen. Alle drei Varianten sind für die betroffenen Menschen mit Behinderung unzumutbar. Aufgrund des eklatanten Fachkräfte- und Personalmangels in der Eingliederungshilfe sind zudem viele Wohnangebote vom Aus bedroht.

Im Rahmen eines Fachgesprächs erörtert der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie die derzeitige Situation von Angebot, Nachfrage und Herausforderungen, um die bestmögliche Infrastruktur in Bayern sicherzustellen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.11.2024 **Drucksache** 19/**4000**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Horst Arnold u.a. SPD
Drs. 19/**3462**

Wohn- und Beschäftigungssituation von Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt zusammen mit dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege eine gemeinsame Anhörung mit Expertinnen und Experten zur Wohn- und Beschäftigungssituation von Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung durch.“

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatterin: **Martina Gießübel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 17. Oktober 2024 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 12. November 2024 mitberaten und einstimmig Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses empfohlen mit der Maßgabe, dass die Wörter „Ausschuss für Gesundheit und Pflege“ durch die Wörter „Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention“ ersetzt werden.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.